



Zum Mai: Lohn-Plus von 2,2 Prozent in der Baubranche 9940 Bauarbeiter aus Duisburg und am Niederrhein bekommen mehr Geld

Mehr Schotter für die Beschäftigten auf dem Bau: Die rund 9940 Bauarbeiter in Duisburg und am Niederrhein bekommen ab diesem Monat mehr Geld. Zum Mai steigen die Löhne um 2,2 Prozent auf jetzt 19,51 Euro in der Stunde. Ein gelernter Maurer oder Betonbauer geht so am Monatsende mit knapp 73 Euro mehr nach Hause. Das hat die IG BAU Duisburg- Niederrhein mitgeteilt.

Die Gewerkschaft rät den Beschäftigten zum Lohn-Check: „Mit der nächsten Lohnabrechnung muss das Plus auf dem Konto sein“, sagt Bezirkschefin Karina Pfau. Demnächst verhandelt die IG BAU außerdem über eine Erhöhung der Mindestlöhne in der Branche. „Für Fachkräfte aber gilt: Messlatte ist der Tariflohn“, so Pfau. Anspruch auf diesen haben Bauarbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder sind und deren Betrieb dem Arbeitgeberverband angehört.

Angeichts einer bundesweit anziehenden Baukonjunktur sei die Erhöhung mehr als gerechtfertigt. Allein im Wohnungsbau hätten die Investitionen im letzten Jahr um 4,2 Prozent zugenommen. In ihrem Frühjahrsgutachten gingen führende Wirtschaftsforscher zudem von einem weiteren kräftigen Wachstum der Baubranche aus. Pfau: „Davon muss auch was in den Portemonnaies der Beschäftigten ankommen.“



IG BAU fordert Stärkung der sozialen Rechte

Frankfurt am Main, 01.05.2017

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert von den Parteien im Jahr der Bundestagswahl klare Positionen zur Stärkung der sozialen Rechte in Deutschland und der EU. Das Wachstum muss wieder gerecht verteilt werden. Hierfür muss die Politik den Rahmen setzen, durch eine gerechte Steuerpolitik und vernünftige Investitionen in die Infrastruktur sowie faire Arbeit.

Anlässlich des Tags der Arbeit sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger: „Deutschland boomt und gleichzeitig gibt es immer mehr arbeitende Menschen, bei denen nichts oder kaum etwas vom Wachstum ankommt. Das ist ein Skandal und muss sich dringend ändern. Niedriglohn, Befristungen, Minijobs und fehlender Kündigungsschutz schwächen Arbeitnehmer. Wer für seinen Rechte einsteht, riskiert schnell seinen Job, mit dem er seine Familie ernähren muss. Es ist deshalb Aufgabe des Staates, wenigstens die gesetzlichen Mindeststandards zu überprüfen. Es fehlt eine staatliche Arbeitsinspektion. Nicht einmal für die Prüfung der Mindestlöhne gibt es ausreichend viele Kontrolleure. Es fehlt auch an Beratung und Information, insbesondere für die vielen Wanderarbeiter aus der EU und für Migranten in ihren Sprachen.“

Die IG BAU fordert die Stärkung der Mitbestimmung und besseren Schutz von Betriebsräten. Zudem müssen Kleinstbetriebe wieder in den Kündigungsschutz einbezogen werden. Sachgrundlose Befristungen darf es nicht mehr geben. Allein für die Kontrollen der Mindestlöhne muss das Personal bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit auf mindestens 10 000 Stellen aufgestockt werden, um Lohndumping zu bekämpfen. Zudem muss der Staat seiner Verantwortung für die Infrastruktur gerecht werden.

„Unsere Eltern und Großeltern haben Straßen, Brücken, Schulen und Krankenhäuser finanziert. Wenn wir jetzt nicht in deren Erhalt investieren, werden diese Werte vernichtet, und wir hinterlassen unseren Kindern riesige Schulden in Form von Bröselbrücken und Co. An der Infrastruktur zeigt sich besonders deutlich, welche Schäden eine überzogene Sparpolitik verursacht“, sagte Feiger.

„Auf europäischer Ebene sind die Auswirkungen noch grausamer. Fünfzig Prozent Jugendarbeitslosigkeit in Spanien oder griechische Rentner, die entscheiden müssen, ob sie sich etwas zu essen oder lebenswichtige Medikamente kaufen – das halten Gesellschaften nicht lange aus. Wer bei der Bundestagswahl unsere Stimme haben will, muss klar sagen, dass er die öffentliche Daseinsvorsorge nicht privatisiert, sondern ausreichend Geld für deren Erhalt bereitstellt.“

Der Investitionsstau beträgt in Deutschland allein in der Verkehrsinfrastruktur 45 Milliarden Euro. Gleichzeitig fehlt in den Behörden fachkundiges Personal, das in der Vergangenheit ebenfalls eingespart wurde. Somit hat sich neben dem Investitionsstau auch noch ein Planungsstau gebildet.

„Klar ist, dass es eine gute soziale Absicherung und verantwortungsbewusste Investitionen nicht zum Nulltarif gibt. Ein Staat braucht verlässliche Einnahmen, wenn er handlungsfähig und sozial bleiben will. Deshalb müssen die öffentlichen Finanzen gestärkt werden“, sagte Feiger. „Die Schonfrist der Ultrareichen muss beendet werden. Als erstes gehört die Abgeltungssteuer abgeschafft und stattdessen eine Vermögenssteuer eingeführt. Riesige Erbschaften müssen endlich ihren gerechten Anteil zum Erhalt des Gemeinwohls mittragen. Dann ist auch genug Geld für Investitionen da, die allen zu Gute kommen.“



Pressespiegel

Ausgabe: 02.05.2017



IG BAU warnt vor leichtfertigem Umgang mit Arbeitsrisiken

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) gedenkt anlässlich des heutigen internationalen Workers' Memorial Day der Beschäftigten, die bei ihrer Arbeit verstorben sind, verletzt wurden oder schwer erkrankten. Ein besonders hohes Risiko tragen Beschäftigte in den IG BAU-Branchen Bau- und Landwirtschaft.

„Unfälle und Krankheiten sind oft Folge von vernachlässigtem Arbeitsschutz. Die Gefahren sind bekannt, werden aber nicht ernst genommen. Im Alltag verdrängen viele selbst die offensichtlichen Risiken oder trauen sich nicht, die Einhaltung der Schutzvorschriften beim Chef einzufordern“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers.

„Klar ist: Jeder Verstorbene, jeder Verletzte und jeder Erkrankte ist einer zu viel. Wir brauchen eine Kultur des Hinsehens. Es muss selbstverständlich werden, dass der Arbeitsplatz sicher ist.“

Unter dem Motto: „Nicht immer Ja und Amen sagen“ veranstaltet die IG BAU gemeinsam mit dem DGB und der Gemeinde „Berliner Gedächtniskirche“ heute einen zentralen, ökumenischen Gottesdienst.

Erstmals werden auch Vertreter der jüdischen und muslimischen Gemeinde das Gedenken mitgestalten. „Für uns ist es selbstverständlich, dass wir weder auf Nationalität oder Religion der Verunglückten schauen. Denn die Gefahren machen nicht vor Religionen halt“, sagte Schäfers.

„Jeder Beschäftigte kann Bestärkung gut gebrauchen, wenn es darum geht, auch mal ‚Nein‘ zu sagen. Das ist Ziel unserer diesjährigen Überschrift. Denn sobald jemand sieht, dass eine riskante Situation entsteht, braucht er die Kraft, hier die Notbremse zu ziehen und offensiv seinen Schutz und den seiner Kolleginnen und Kollegen einzufordern.“

Lokalkompass 29.04.2017